

Große Koalition: Nach gewonnenem Eröffnungsspiel droht eine Niederlage

Peter Bofinger

Seit dem Amtsantritt der Großen Koalition hat sich die Stimmung in der deutschen Wirtschaft aufgehellt. Der ifo-Index für das Geschäftsklima liegt so hoch wie seit mehr als einem Jahrzehnt nicht mehr. Auch das Verbrauchervertrauen ist ausweislich des GFK-Index für das Konsumklima deutlich besser – und das, obwohl Unternehmer und Konsumenten seit dem letzten Herbst nicht nur mit deutlich höheren Energiepreisen, sondern zugleich mit steigenden Zinsen und einer Aufwertung des Euro konfrontiert werden.

Somit liegt es durchaus nahe, diese neue deutsche Zuversicht in einen Zusammenhang mit der Politik der Großen Koalition zu stellen. Ihr im November konzipiertes Programm für das Jahr 2006 zeichnet sich im Kontrast zum Politikansatz von „Rot-Grün“ dadurch aus, dass es der Nachfrageseite Vorrang vor der Konsolidierung einräumt. Dieser Kurs scheint sich auszuzahlen. Obwohl die Regierung im Herbst durchaus auch bereit war, eine weitere Überschreitung der 3%-Grenze des Vertrags von Maastricht in Kauf zu nehmen, wird es im Jahr 2006 wohl endlich wieder gelingen, unter dieses Limit zu kommen. Damit bestätigt sich, was keynesianisch denkende Ökonomen schon immer wussten: Der beste Weg aus der Staatsverschuldung führt nicht über Ausgabenkürzungen, sondern über ein höheres Wirtschaftswachstum.

Der zweite Paradigma-Wechsel, der durch die Große Koalition erreicht wurde, betrifft die Reformpolitik. Während in den sieben Jahren der rot-grünen Regierung kaum eine Woche verging, in der nicht eine neue Reform der erstaunten Öffentlichkeit präsentiert wurde, haben sich Kanzlerin Merkel und Vizekanzler Müntefering für eine Politik der ruhigen Hand entschieden. Sie haben also bewusst darauf verzichtet, im Koalitionsvertrag Vorab-Festlegungen für die großen Reformbaustellen zu treffen. Das Ergebnis ist eine seit nunmehr über einem Jahr andauernde Reformpause. Wer es in der Agenda 2010-Phase gewagt hatte, dieses Wort wohlwollend in den Mund zu nehmen, wurde als Bremser und Betonkopf tituliert. Die Tatsache, dass es trotz der Reformpause zu einem eindrucksvollen Stimmungsumschwung in den deutschen Unternehmen gekommen ist, belegt jedoch, dass Aktionismus allenfalls in den Medien gut ankommt, nicht jedoch bei den Entscheidungsträgern der Wirtschaft. Das hat vor über einem halben Jahrhundert schon der ordoliberalen Ökonom Walter Eucken erkannt. Für ihn war die „Konstanz der Wirtschaftspolitik“ ein zentrales Ordnungsprinzip einer Marktwirtschaft. Aber auch die Erfahrungen mit der Umsetzung von Hartz IV belegen, dass niemand damit gedient ist, wenn die Politik reformpolitische Schnell- und Schrotschüsse abgibt, ohne sich umfassend mit der Struktur eines in der Regel komplexen Problems auseinanderzusetzen zu haben.

Nach diesem hoffnungsvollen Start hat sich die Große Koalition für das Jahr 2007 allerdings entschieden, einen völligen Kurswechsel einzuleiten. Der Konsolidierung soll nun wieder Vorfahrt vor der ge-

samtwirtschaftlichen Nachfrage eingeräumt werden. Von der Erhöhung des Regelsatzes der Mehrwertsteuer um drei Punkte sollen zwei Drittel zur Rückführung des Defizits eingesetzt werden. Das voraussichtliche Resultat dieser geänderten Strategie ist an den Prognosen für 2007 abzulesen. Das Wirtschaftswachstum wird sich wieder verlangsamen und am Arbeitsmarkt wird sich keine nachhaltige Besserung einstellen. Am Ende des Jahres 2007 werden rund 4,4 Millionen Menschen ohne Arbeit und rund 300.000 in der Form eines 1-Euro-Jobs geparkt sein. Ein solches Ergebnis, das einer politischen Niederlage gleichkäme, kann niemand in der Großen Koalition wirklich anstreben.

Was wäre die Alternative? Grundsätzlich hat der Finanzminister Recht. Die öffentliche Hand ist unterfinanziert, sie braucht mittelfristig höhere Steuereinnahmen. Doch das könnte auch erreicht werden, wenn die Mehrwertsteuer nicht auf einen Schlag um drei Punkte erhöht wird, sondern wenn dieser Prozess über drei Jahre gestreckt würde. Das gäbe den Unternehmen und den Verbrauchern mehr Zeit, sich auf die geänderten Rahmenbedingungen einzustellen. Richtig ist auch, ein Drittel der zusätzlichen Einnahmen zur Senkung der Sozialabgaben einzusetzen, da diese im internationalen Vergleich extrem hoch sind. Zu erwägen ist allerdings, ob es anstelle einer generellen Absenkung des Beitragssatzes zur Arbeitslosenversicherung um zwei Punkte nicht besser wäre, eine deutlich höhere Reduktion konzentriert im Niedriglohnbereich vorzunehmen. Dort sind die Beschäftigungsprobleme besonders gravierend und alle Studien zeigen, dass eine Abgabensenkung in diesem Bereich die größten Beschäftigungsgewinne hervorbringt.

Zwei Mehrwertsteuerpunkte, was rund 15 Milliarden Euro entspricht, sollen zur Haushaltssolidierung verwendet werden. Da kann man sich Sinnvollereres vorstellen. In Deutschland liegen die öffentlichen Investitionen und Bildungsausgaben deutlich unter dem EU-Durchschnitt und weit unter den Werten der skandinavischen Länder. Mit 15 Milliarden Euro könnte man vor allem im Grundschul- und Sekundarbereich I viel bewegen. Dort sind die Ausgaben pro Schüler im internationalen Vergleich besonders gering. Die Bildungsinvestitionen von heute tragen dazu bei, das Arbeitslosengeld II von jungen Menschen in fünf oder zehn Jahren zu vermeiden.

Nachdem die Große Koalition für ihr Eröffnungsspiel eine so erfolgreiche Strategie gewählt hat, sollte sie gut überlegen, ob es sinnvoll ist, in den anstehenden Runden auf eine völlig neue Konzeption zu setzen, die mit großer Wahrscheinlichkeit zu einer Niederlage führen wird.

Prof. Dr. Peter Bofinger, Lehrstuhl für Volkswirtschaftslehre, Universität Würzburg.
e-mail: Peter.Bofinger@mail.uni-wuerzburg.de